

Die Erklärungen der Nationalliberalen und der Fortschrittlichen.

Abgeordneter Basser mann (national-liberal) spricht seine Bewunderung und seinen Dank der Leitung des Reichschancamtes und der Reichsbankverwaltung aus und begrüßt die Zustimmung der Sozialdemokraten zu den Kriegskrediten als ein Zeichen, daß das Volk den einigen Willen hat, den Krieg siegreich zu beenden und durchzuhalten, bis ein starkes, unantastbares Deutschland die nötigen Freiheiten errungen habe. Bezüglich der Polenfrage betont Redner, man werde die Frage lösen müssen, einmal aus den Interessen und Forderungen der Polen heraus, aber auch unter voller Berücksichtigung der nationalen Interessen des Deutschen Reiches. (Zustimmung.) Das feierliche Bekenntnis des Reichskanzlers, daß wir die Sentimentalität verlernten, ist von großer Bedeutung. Der Sieg soll uns einen Frieden bringen, der die Zukunft sichert und einzig diktiert ist von dem deutschen nationalen Interesse. Die neue Zeit muß Rechnung tragen den glänzenden Leistungen des Volkes. Kein Staatsmann, keine Partei wird sich dem entziehen können. Das ist sittliche Pflicht. Der Krieg ist dem Kaiser und dem deutschen Volke aufgedrungen worden; möge er auch mit kraftvoller Hand beendet werden, damit das deutsche Volk für die vielen schweren Opfer auch die ihm zustehende Genugtuung und die Gewähr erhält, daß derartiges sich nicht wieder ereignet. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Fischbeck (fortschrittlich) bezeichnet es als Aufgabe der Gesetzgebung, der Regierung zu steuern, und erklärt, seine Partei stehe den Ausführungen des Reichskanzlers bezüglich der Führung der Geschäfte in der Zukunft, soweit sie sich auf den Frieden beziehen, mit Vertrauen gegenüber und bewillige ohne Beschränkung die Mittel, die gefordert werden als Grundlage für eine schnelle, siegreiche Beendigung des Kampfes, um der Welt den Frieden zu geben und dafür zu sorgen, daß ein Frieden geschaffen werde, so erfolgreich, daß den Feinden der Frevelmut vergeht, unsern Kindern oder Kindeskindern wieder mit den jetzt erlebten Ueberfällen zu kommen. (Beifall links.)

Der Deutschkonservative Sprecher.

Abgeordneter Dertel (deutsch-konservativ) dankt dem tapferen Heer und den großen Führern für die glänzenden Heldentaten, insbesondere auch jenen, die auf verlorenen Posten mit Heldenmut gekämpft haben, und betont, daß das Geschick der Schutzgebiete nicht in Afrika entschieden werde, sondern anderswo. In Besprechung der Rede des Reichskanzlers betont Redner, Rußland und England seien gleich schuld, sie bedeuten für uns die gleiche Gefahr. Redner warnt vor der Unterschätzung der russischen Gefahr, nicht nur für die Weltstellung Deutschlands und sein Wirtschaftsleben, sondern für das deutsche Volkstum. Den Aeußerungen des Reichskanzlers über Polen müsse die Partei des Redners nach jeder Richtung hin einen Vorbehalt entgegenstellen. Keinen Vorbehalt aber mache die Partei den Schlußworten des Kanzlers gegenüber. Wenn der Kanzler nach wie vor bestrebt sei, auf reale Garantien mit der ganzen Kraft seines Wesens hinzuwirken, wenn er bemüht sei, nicht nur einen ehrenvollen Frieden zu verschaffen, sondern auch einen Frieden, der der gebrachten Opfer völlig wert sei, dann habe er das ganze Volk hinter sich, dann werde ihm das Vertrauen von allen Seiten in wärmster Weise entgegenfließen. Dem Volke, fährt Redner fort, muß vor allem die seelische Kraft erhalten werden, deren letzte Wurzel in dem Gottesglauben liegt. Können wir das, dann wird das Volk nicht nur siegreich, sondern für alle Zeit gesegnet aus dem Kriege hervorgehen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Die deutsche Kolonialpolitik.

Staatssekretär des Reichskolonialamtes Dr. Solj spricht die Ueberzeugung aus, daß das Schicksal der Kolonien nicht in Afrika, sondern auf unsern Schlachtfeldern entschieden werde. Die unwürdige Behandlung der Weißen in Gegenwart von Farbigen, und die

Mobilisierung der schwarzen Rasse gegen die weiße, bezeichnet Redner unter stürmischer Zustimmung des Hauses als Schandfleck, den England nie und nimmer von sich abwachen werde. Englands große Kolonialmacht werde am eigenen Leibe spüren, was es bedeute, die eigene Rasse zu beschimpfen, zu besudeln und buchstäblich mit Füßen zu treten. Wir wollen uns, schließt Redner, durch Schläge, die wir erhalten, nicht abschrecken lassen, die Kolonialpolitik weiter zu verfolgen, und den letzten harten Schlag mit dem festen Entschluß beantworten, daß wir weiter fortfahren auf der für richtig erkannten Bahn. (Lebhafter Beifall.)

Die Erklärung der Polen.

Abg. Seyda (Polen) führt aus: Aus den Aeußerungen des Reichskanzlers haben wir Polen mit Genugtuung vernommen, daß das Recht des polnischen Volkes auf die Entwicklung seines nationalen Lebens und seiner alten Kultur anerkannt wird. Wir finden in den Worten des Kanzlers die Bestätigung der Anschauung, daß das Wohl des polnischen und des deutschen Volkes nicht miteinander im Widerspruch steht. Es scheint uns nicht an der Zeit, im gegenwärtigen Augenblick alles Unrecht, das uns im Laufe der Vergangenheit zugefügt wurde, zu erörtern, denn wir hegen die feste Zuversicht, daß der jetzige Krieg eine derartige Regelung der politischen Verhältnisse für die polnische Nation bringen wird, daß die freie Entwicklung des nationalen Lebens für die Zukunft gesichert ist. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Schulz (Reichspartei) betont, die ungeheuren Opfer erfordern einen entsprechenden Frieden.

Annahme des Kriegskredits.

Sodann wird der Kriegskredit einstimmig in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Der Protest des Abg. Liebknecht, der vor der Abstimmung den Saal verlassen hatte, begegnet der stürmischen Heiterkeit des Hauses. Die nächste Sitzung findet morgen statt.